

# Deutsche Rundschau

in Polen

früher Ostdeutsche Rundschau  
Bromberger Tageblatt

**Anzeigenpreis:** Die einseitige Millimeterzeile 15 Groschen, die einseitige Kellamerzeile 125 Groschen, Danzig 10 bis 80 D. M., Deutschland 10 bzw. 70 Goldpf., übriges Ausland 100%, Aufschlag — Bei Platzvorschrift und schwierigerem Satz 50%, Aufschlag. — Abbestellung von Anzeigen nur schriftlich erbeten. — Offertengebühr 100 Groschen. — Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. Postkonten: Polen 202157, Danzig 2528, Stettin 1847

**Bezugspreis:** In Bromberg mit Bestellgeld vierteljährlich 14,00 Zl., monatlich 4,80 Zl. In den Ausgabestellen monatlich 4,50 Zl. Bei Postbezug vierteljährlich 16,16 Zl., monatlich 5,39 Zl. Unter Streifenband in Polen monatlich 8 Zl., Danzig 3 Gld., Deutschland 2,50 R.-M. — Einzelnummer 25 Gr., Dienstags- und Sonntags-Nummer 30 Gr. Bei höherer Gewalt (Betriebsstörung usw.) hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. Fernruf Nr. 594 und 595.

Nr. 175.

Bromberg, Freitag den 1. August 1930.

54. Jahrg.

## Der Kampf um die Adria.

Von A. von Derken.

Die Wellen des Adriatischen Meeres bespülen die Küsten Italiens und Jugoslawiens. Beide Staaten sind mit der augenblicklichen Grenzziehung und Machtverteilung nicht zufrieden. Ihre Beziehungen sind deshalb außerordentlich gespannt.

Italien unterhält bei rund 40 Millionen Einwohnern ein Friedeheeer von durchschnittlich 220 000 Mann, Jugoslawien bei rund 13 Millionen ein Heer von 134 000 Mann. Man rechnet, daß Italien im Kriegsfall 4 Millionen, Jugoslawien 2 Millionen Mann an die Grenzen führen kann. Italien hat die bei weitem stärkere Flotte; die jugoslawische Marine steckt noch in den Kinderschuhen; ebenso verfügt Italien über sehr überlegene Luftstreitkräfte.

Italien und Jugoslawien grenzen nur auf der kurzen Strecke zwischen dem Meere und der deutsch-österreichischen Grenze aneinander. Beide Länder haben die Verteidigung dieser Grenze gründlich organisiert, Befestigungen angelegt und Verbindungen vom Hinterlande dorthin geschaffen. Besonders Jugoslawien hat darin große Fortschritte erzielt und sich das an der Grenze liegende unwegsame Waldgebirge Krains durch strategische Bahnbauten erschlossen.

Wenn an der Front Fiume-Görz die beiden Heere zusammenstoßen, so ist besonders bei dem gebirgigen und bewaldeten Gelände sehr wahrscheinlich, daß zunächst längere Zeit ohne Entscheidung im Stellungskrieg gerungen wird. Zur Entwicklung von Millionenheeren fehlt der Raum; Italien könnte nur nach und nach von seiner Überlegenheit Gebrauch machen. Eine durchgreifende Operation wäre nur möglich, wenn Italien unter Bruch der deutsch-österreichischen Neutralität über Klagenfurt durch Kärnten und Süddeistermark angriffe. Deutsch-Österreich würde daher in einem italienisch-jugoslawischen Kriege eine bedeutende Rolle zu spielen berufen sein, und die Eigenart der geographischen Verhältnisse stellt in diesem Falle an die österreichische politische und militärische Leitung große Anforderungen.

Dalmatien liegt italienischem Zugriff offen. Italien beherrscht das Meer. Außerdem hat es bereits auf dem östlichen Ufer der Adria in Fiume, Zara und dem verbündeten Albanien festen Fuß gefaßt. Dalmatien ist durch die Karstgebirge von dem Hinterland getrennt; nur wenige leistungsschwache Bahnen vermitteln den Verkehr dorthin. Eine Verbindung längs der Küste ist nicht vorhanden. Dieselben Ursachen, die eine Verteidigung Dalmatiens sehr erschweren, schließen aber auch das eigentliche Serbien vor einem Angriff von dem Küstenlande aus. Auch das mit Italien verbündete Albanien, wo die Italiener Truppen versammeln können, ist keine Ausgangsbasis für eine größere Operation gegen das Herz des Landes und eine solche ist deshalb von dort auch kaum zu erwarten. Wohl aber wäre von Albanien aus ein Vandenkrieg zu organisieren, wie ihn diese unwegsamen Gegenden schon oft gesehen haben, und wahrscheinlich könnte man Mazedonien von dort aus insurgieren.

Jugoslawien hat nicht nur an der Westgrenze einen unfreundlichen Nachbarn. Auch Ungarn und Bulgarien fühlen sich durch die Grenzziehung des Jahres 1919 lebensgefährlich verletzt und dürfen im Kriegsfall von Jugoslawien nicht aus dem Auge gelassen werden. — Jugoslawien ist ein Nationalitätenstaat. Die Belgrader Politiker haben unter dem Eindruck der schwierigen internationalen Lage geglaubt, das Land rasch in Verteidigungszustand setzen und seine Kräfte zentralistisch zusammenfassen zu müssen. Diese Politik stieß auf kräftigen Widerstand bei den nichtserbischen Landes-teilen, besonders bei den 4 1/2 Millionen Kroaten, den man dadurch zu überwinden suchte, daß man über den Nationalitäten eine Militärdiktatur errichtete. Die Militärdiktatur hat die Rüstung des Landes außerordentlich verstärkt und die Landesverteidigung auf eine hohe Stufe gehoben; ob sie die nichtserbischen Nationalitäten dem Staate gewinnen und ihre Zuverlässigkeit für den Kriegsfall verstärken kann, muß dahingestellt bleiben.

Das serbische Heer ist straff organisiert und gut ausgebildet. Die Ausstattung mit Material, Waffen und Munition ist reichlich. Man hat, um sie zu vervollständigen, keine Kosten gescheut und die finanziellen Kräfte des Landes bis zur Grenze der Leistungsfähigkeit angepannt. Frankreich und die Tschechoslowakei haben Anleihen dafür bewilligt; die französische Rüstungsindustrie Schneider-Creuzot und die tschechische Firma Skoda haben große Rüstungsaufträge ausgeführt. Aber auch England, Belgien, Holland, Schweden und die Schweiz haben Jugoslawien mit Rüstungsmaterial beliefert. Ganz besonders kräftige Anstrengungen machen die Jugoslawen für den Ausbau ihres Flugwesens. Durch eine wohlüberlegte und ausgedehnte Subventionspolitik hat man die Flugzeugindustrie und das Flugverkehrsnetz zu beträchtlicher Leistungsfähigkeit entwickelt und damit eine gute Unterlage für die Militärfliegerei geschaffen.

Jugoslawien befindet sich trotz aller seiner Anstrengungen militärisch Italien gegenüber in einer schwierigen Lage; nicht nur weil es seinem Nachbarn an der Adria erhebliche Unterlegenheit ist, sondern weil es bei einer etwaigen Auseinandersetzung in Rücken und Flanke den Druck Ungarns, Bulgariens und Albaniens zu ertragen hätte.

Allerdings hat Jugoslawien seine militärische Rüstung durch politische Bündnisse verstärkt; das verbündete Frankreich soll Italien, die Kleine Entente Ungarn und Bulgarien in Schach halten.

Die jugoslawische Innen- und Außenpolitik steht unter der Sorge kommender kriegerischer Verwickelungen. Was

unter den gegebenen Verhältnissen geleistet werden konnte, ist geschehen. Wenn in Belgrad trotzdem ein Gefühl starker Unsicherheit vorherrscht, so deswegen, weil man 1919 nach allen Seiten kräftig zugegriffen hat, vielleicht zu kräftig, und weil sich die früheren Besitztümer damit nicht abfinden können.

## Die deutsche Partei-Revolution.

Raas warnt die Sozialdemokratie.

Die Preußen-Koalition ist nicht unverleglich.

Berlin, 30. Juli. (WZ.) In der gestrigen Sitzung des erweiterten Vorstandes der Zentrums-Partei hielt der Parteivorsitzende Prälat Dr. Raas eine ausführliche Rede über die Politik des Zentrums.

Zu der Frage der bürgerlichen Sammlung erklärte er, das Zentrum begrüße jeden Ansatz zur Sammlung und zur

Überwindung der parteipolitischen Zersplitterung,

von welcher Seite er auch kommen möge. Es könne kein Zweifel darüber sein, daß nirgendwo die Konzentration der politischen Kräfte ein dringenderes und unausschiebbareres Gebot sei, als innerhalb der bürgerlichen Mittelparteien. Das Nachlaufen hinter irgendwelchen Sonderinteressen müsse ein Ende haben, wenn die Gesamtheit, wenn der Staat leben solle. Nur Sachlichkeit könne uns retten. Wir wollen die Demokratie nicht stürzen, führte Dr. Raas aus, wir wollen sie erhalten, wir wollen den Parlamentarismus nicht vernichten, aber wir wollen seine Veredelung und seine Disziplinierung.

Niemals hat die Sozialdemokratische Partei einen solchen Schlag gegen wahre Demokratie und gegen verantwortungsvolle Politik geführt, wie an diesem schwarzen Freitag, wo sie zum ungewollten Vortrupp der Tendenzen geworden, die letzten Endes ihre Aufgabe in dem Sturz des republikanischen und demokratischen Gedankens sehen.

Ich hoffe, daß die Sozialdemokratische Partei sich darüber keinen Täuschungen hingibt, daß in Zukunft in Preußen die Koalitionspolitik zu einer psychologischen und politischen Unmöglichkeit wird, wenn innerhalb der Reichspolitik derartige Vorgänge sich wiederholen sollten; sie würde die Statistik der preussischen Koalition überschätzen, wenn sie glaubt, eine derartige Belastungsprobe noch einmal versuchen zu können. Wir denken nicht daran, der Sozialdemokratie die Möglichkeit zu lassen, eine derartige, für unsere Parteianhänger unerträgliche Schanzenspolitik zwischen Reich und Preußen weiterzuführen, hier im Reiche die Früchte der Agitation, drüben in Preußen die Vorteile des Regierens zu genießen.

Zum Schluß seiner Ausführungen beschäftigte sich Dr. Raas sodann mit der Neubildung und Umgruppierung auf der Rechten. Es vollziehe sich hier ein Prozeß, der zu einem bedeutenden Gesundungsfaktor des politischen und parlamentarischen Lebens werden könne. Die Deutsche Zentrumspartei könne in Entwicklung dieser Art nur eine nachträgliche Bestätigung der Richtigkeit ihres politischen Kurses sehen.

Dr. Geh, der Führer der preussischen Zentrumsfraktion, erklärte, daß es für die Zentrumsfraktion im Preussischen Landtag unmöglich sein würde, mit der Sozialdemokratie weiter zusammenzuarbeiten, wenn diese ihre Haltung dem Zentrum und insbesondere dem Reichskanzler gegenüber nicht ändere. Wenn mit diesen Kampfmethoden der Sozialdemokraten nicht Schluß gemacht werde und ein weiteres Zusammenarbeiten dann nicht möglich sei, so falle die Schuld auf die Sozialdemokraten zurück.

Einen mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag über die politische Lage hielt dann

Reichskanzler Dr. Brüning,

der insbesondere einen Überblick gab über den schwierigen Weg, den die deutsche Finanzpolitik der letzten Jahre gehen mußte. Wir halten diese staatsmännische Rede des Kanzlers für so bedeutungsvoll, daß wir sie morgen in breiterem Auszuge wiedergeben möchten.

### Breitschelds Antwort.

„Keine Mehrheit für Brüning.“

Auf die Drohungen, die die Zentrumsführer auf der Tagung ihres Parteivorstandes gegen die Sozialdemokratie ausgestoßen haben, antwortet der Reichstagsabgeordnete Breitscheid im „Sozialdemokratischen Pressedienst“ in bestimmter Weise.

„Es scheint uns reichlich weit zu gehen“, schreibt der Führer der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, „wenn zwei sozialdemokratischen Mitgliedern des Reichstages, die gleichzeitig eine politische Rolle in Preußen spielen, ein Vorwurf daraus gemacht wird, daß sie der Parole ihrer Fraktion gefolgt sind. Als Reichstagsabgeordnete hatten sie so zu stimmen, wie es die Verhältnisse im Reich, für deren Entwicklung wir nicht die Verantwortung tragen, erfordern. Und es ist — wir müssen schon ein hartes Wort gebrauchen —

eine Annäherung des Zentrumsführers, wenn er einzelnen unserer Parteifreunde Vorhaltungen wegen ihres politischen Verhaltens macht.“

Breitscheid erklärt dann, es sei die Aufgabe der Sozialdemokratie, dafür zu sorgen, daß am 14. September aus der Minderheit Brüning keine Mehrheit werde. Rücksichten auf die Aufrechterhaltung der Koalition in Preußen könnten die Sozialdemokratie dabei nicht hindern. „Wir wünschen“, erklärt Breitscheid, „daß sie bestehen bleibt; aber niemand kann von uns erwarten, daß wir um dieses Zweckes willen den Kampf im Reiche dämpfen und uns so mitteilungslos an der Weiterführung eines Systems machen, das wir aus staatsrechtlichen sowie aus allgemeinpolitischen Gründen für verhängnisvoll erachten. Wir fassen es nur gern, wenn allen Stellen im Reiche an der Fortdauer erträglicher Beziehungen zwischen den preussischen Regierungsparteien ebenso viel gelegen wäre wie uns. Daß das leider nicht der Fall ist, hat schon die Art und Weise bewiesen, wie der Hindenburg-Brief an den preussischen Ministerpräsidenten zustande gekommen ist. Die Demokratie“, so schließt Breitscheid seine Ausführungen, „wird bedroht von denen, die bewußt die Sozialdemokratie ausschließen wollen und im Reiche und in Preußen den Anschluß an die Rechte suchen.“

### Übergang der Demokraten zur Deutschen Staatspartei.

Die entscheidende Abstimmung im Parteiausschuß der Demokraten über die Beteiligung an der Deutschen Staatspartei erfolgte am Mittwoch abend um 1/2 6 Uhr. Der Antrag lautete:

„Der Parteiausschuß der Demokratischen Partei stimmt der Gründung der Deutschen Staatspartei zu und stellt dieser neuen Partei seinen Parteiapparat zur Verfügung.“

Der Antrag wurde mit allen gegen vier Stimmen angenommen.

Die Erörterung, die dieser Abstimmung vorherging, war ungemein lebhaft und bewegt. Am Vormittag hatte Prof. Willi Hellpach seine Bedenken namentlich gegen die personelle Führung zum Ausdruck gebracht. Der greife Vorsitzende, Professor Quide, nahm in bewegten Worten von der Partei Abschied, der er mit innerstem Herzen angehört habe, nachdem er sich 48 Jahre lang einen Demokraten hatte nennen lassen. Es sei das letzte Mal, daß er in diesem Kreise spreche, aber warnend wolle er seine Stimme erheben.

Auch Dr. Bruno Weil brachte Bedenken wegen der Zusammenarbeit mit den Jungdeutschen zum Ausdruck. Er wies darauf hin, daß bei den Jungdeutschen noch der Arier-Paragraf bestehe, wenn auch die Volksnationale Reichsgemeinschaft ihn nicht gelten lasse. Auch hinsichtlich der Außenpolitik sei die Verbindung mit den Jungdeutschen bedenklich.

Der bisherige Parteiführer Koch-Weser

begründete in längeren Ausführungen den Schritt, den er und zahlreiche Mitglieder der Reichstagsfraktion getan haben, als sie sich mit der Volksnationalen Reichsvereinigung und den verschiedenen Gruppen der jungen Generation zur Deutschen Staatspartei zusammenschlossen. Koch-Weser meint und findet hier nach anfänglich kühler Aufnahme bald Zustimmung einer großen Mehrheit, daß das Ziel der Deutschen Staatspartei durchaus dem Ziel der Deutschen Demokratischen Partei entspreche.

Freilich war es ein großes Wagnis, das die demokratischen Führer unternommen haben, aber, das wird immer wieder betont, hier ist ein Anfang und nicht ein Ende einer Bewegung, die allein imstande sei, die Bildung einer großen politischen Gruppe auf republikanischer, freier und nationaler Grundlage zu ermöglichen.

Mehrfach wird Koch-Weser zunächst unterbrochen. Der Streit um den sogenannten Arier-Paragrafen läßt im Parteiausschuß der Demokraten starke Aufregung aufkommen. Koch-Weser erklärt aber, daß er von den Führern des Jungdeutschen Ordens die absolut bindende und einwandfreie Zusicherung erhalten habe, daß dem Orden jede antisemitische Betätigung durchaus fern liegt. Schließlich sind ja, wie Koch-Weser hervorhebt, auch Menschen anderer Rassen bereits bei Deutschen Staatspartei beigetreten. Als hier auf Zwischenrufe Koch-Weser erwidert, er lehne es ab, nach der Mitteilung seiner Parteifreunde zu fragen, braust ihm zum ersten Male starker Beifall entgegen.











Verlängerung der Unterstützungszeit für Arbeitslose.

Auf Antrag des Vorstandes des Arbeitslosenfonds hat der Minister für Arbeit und sozialen Schutz für diejenigen Arbeitslosen, deren 13wöchiges Bezugsrecht auf die staatliche Arbeitslosenunterstützung bis zum 31. August d. J. abläuft, die Bezugsdauer der Unterstützung um 4 Wochen verlängert.

Aus Stadt und Land.

Der Nachdruck sämtlicher Original-Artikel ist nur mit ausdrücklicher Angabe der Quelle gestattet. — Allen unsern Mitarbeitern wird strengste Verschwiegenheit zugesichert.

Bromberg, 31. Juli.

Wettervorhersage.

Die deutschen Wetterstationen künden für unser Gebiet zeitweise heiteres, aber immer noch veränderliches Wetter ohne nennenswerte Niederschläge an.

Jagd im August.

Der August, der Ernting unserer Vorfahren, steht seit alters her beim Hochwildjäger in besonderem Ansehen: der edle Hirsch tritt in die Feiße und ist jagdbar geworden. Am Anfang des Monats legen einzelne Hirsche noch. Der Weidmann schenkt Gegeßellen seine Aufmerksamkeit, sind sie doch geeignet, ihm wertvolle Aufschlüsse zu geben.

Auch dem Rehbock gelten zunächst noch die Bemühungen des Weidmanns. Bis gegen Mitte des Monats hält ja die Brunst gewöhnlich an. Und wer sich bisher zu bescheiden mußte und durch schlechte Nachbarschaft in seinen Begehrungen nicht gestützt wurde, der kann den starken Bock, dem er aus Gründen der Vererbung bislang Schonung angedeihen ließ, jetzt um so ruhiger auf die Decke legen.

Beim Schwarzwild, das jetzt gern auf die Felder austritt — namentlich der Hauer übt zunächst eine große Anziehungskraft auf die Schwarzwild aus —, erstreckt sich der Abschluß auf Keiler und übergelaufene Stüde; er sollte aber in mäßigen Grenzen gehalten werden.

Der August wird in vielen Gegenden den Höhepunkt der Entenjagd bringen, zumal da das anhaltende Regenwetter in der zweiten Julihälfte diesem Weidwerk nicht günstig war. Die Breitflügel sind jetzt durchweg in einem Zustand, der die Jagd auf sie lohnend erscheinen läßt. Anders ist es mit der Föhnerjagd (Faselhühner, Schneehühner), die am 15. August aufgeht. (Die Rehbühnjagd beginnt erst am 1. September.)

Wenn auch die Sonne noch sommerlich warm scheint, wenn auch noch Getreide auf den Feldern steht, eines Tages nimmt der Weidmann wahr, daß des Sommers Kraft gebrochen, daß der Herbst naht. Und täuscht ihn lagende Sonne darüber hinweg, so erkennt er an mancherlei Erscheinungen in der Vogelwelt, daß es anders wird in der Natur.

Der Herbst naht, die Zeit der Ernte für den Jäger, aber auch die Zeit, die ihm stille Stunden künftigen Weidwerks im Sonnengold beschert.

Der Eisenbahnverkehr im Juni. Nach den bisherigen statistischen Angaben haben die Staatsbahnen im Juni d. J. 14 728 844 Reisende befördert, was im Vergleich zum Mai d. J. (12 560 948) eine Steigerung um 17,3 Prozent bedeutet.

ausmacht. Trotz der allgemeinen Verminderung der Gütertransporte und der geringen Anzahl der Arbeitstage (28) ist die Kohlenbefrachtung im Juni gestiegen und betrug 188 150 Fünfteltonnenwaggons, mithin ist sie im Vergleich zum Mai (25 Arbeitstage 181 150 Waggons) um 5,2 Prozent gestiegen. Sinegen hat sich die Kohlenausfuhr über Danzig und Gdingen vermindert und betrug im Juni 622 961 To., d. h. um 4,8 Prozent weniger als im Mai (654 340 To.).

Genehmigung längerer Auslandsaufenthalts. Seitens der Militärbehörde wird darauf hingewiesen, daß die Mannschaften der militärpflichtigen, jüngeren Jahrgänge für einen längeren Aufenthalt im Auslande vor dem Grenzübertritt eine besondere Genehmigung einholen müssen.

Freie Bahn der Feuerwehr! In letzter Zeit wurde mehrfach beobachtet, daß die Polizeiverordnung des Wojewodas von Posen vom 15. Februar 1928 über den Wagenverkehr nicht immer befolgt wird.

Zu einem schweren Unfall kam es am 29. d. M. bei Übungen des Sokolvereins in Jagdschlößchen. Durch einen Speermwurf wurde Bernhard Granc, Mittelstraße (Sienkiewiczza) 59, schwer am Kopf verletzt.

Diebstahlschronik. Zwei Kaninchen im Werte von 22 Zloty, die sich im Hofe des Hauses in der Strzebkstraße (Wesola) 15 im Käfig befanden, wurden der dortselbst wohnenden Marie Czapska gestohlen.

Wer ist der Dieb? Bei dem Polizeiposten der Kreispolizei im Hause Münzwerderstraße (Mennica) 10 befindet sich ein Fahrrad Marke „Excelsior“, das wahrscheinlich von einem Diebstahl herrührt.

Verhaftet wurden im Laufe des gestrigen Tages fünf Personen wegen Bagabundierens, fünf wegen Übertretung sittenpolizeilicher Vorschriften und eine Person wegen Diebstahls.

Gnesen (Gniezno), 31. Juli. Ein Unwetter ging gestern über Gnesen und Umgebung nieder. Durch die kolossalen Regengüsse waren die Straßen überflutet.

Bongrowitz (Wagrowiec), 31. Juli. Einen Selbstmordversuch verübte die Frau des Försters Safran bei Kirchdorf Popowo, indem sie Essigessenz trank.

Posen (Poznań), 31. Juli. (PAP) Ein unerhörtes Verbrechen wurde heute Nacht auf dem Posener Bahnhof verübt. Als dort ein Postangestellter mit Postsendungen auf einen Zug wartete, näherte sich ihm ein Mann, der sich als Leiter der Ambulanz ausgab.

Der Herbst naht, die Zeit der Ernte für den Jäger, aber auch die Zeit, die ihm stille Stunden künftigen Weidwerks im Sonnengold beschert.

Diebstahlschronik. Zwei Kaninchen im Werte von 22 Zloty, die sich im Hofe des Hauses in der Strzebkstraße (Wesola) 15 im Käfig befanden, wurden der dortselbst wohnenden Marie Czapska gestohlen.

Wer ist der Dieb? Bei dem Polizeiposten der Kreispolizei im Hause Münzwerderstraße (Mennica) 10 befindet sich ein Fahrrad Marke „Excelsior“, das wahrscheinlich von einem Diebstahl herrührt.

Verhaftet wurden im Laufe des gestrigen Tages fünf Personen wegen Bagabundierens, fünf wegen Übertretung sittenpolizeilicher Vorschriften und eine Person wegen Diebstahls.

Gnesen (Gniezno), 31. Juli. Ein Unwetter ging gestern über Gnesen und Umgebung nieder. Durch die kolossalen Regengüsse waren die Straßen überflutet.

Bongrowitz (Wagrowiec), 31. Juli. Einen Selbstmordversuch verübte die Frau des Försters Safran bei Kirchdorf Popowo, indem sie Essigessenz trank.

sich eine Anzahl aus vermögenden Kreisen stammender Personen mit dem Schmuggel und illegalen Verkauf von Kokain. Bei sechs verdächtigen Personen wurde Kokain beschlagnahmt.

Freie Stadt Danzig.

Rächtlicher Einbruch in Zoppot. In der Nacht zum Dienstag wurde in Zoppot im Hause Brombeertalweg 7 ein Einbruch verübt. Da ein Fenster in der betreffenden Wohnung offen war, konnte der Dieb leicht seinem „Handwerk“ nachgehen.

Tödlischer Badeunfall. Am Zoppoter Nordstrand hat sich ein tödlicher Badeunfall ereignet. Ein Schüler bemerkte einen menschlichen Körper, mit dem Gesicht nach unten gerichtet, leblos im Wasser treiben.

Schwere Gewitterstürme gingen am Mittwoch über Danzig nieder. Der erste Sturm, den ein Volksbruch begleitete, kam gegen 4 Uhr nachmittags über die Stadt und hat durch Hagelschlag schweren Schaden angerichtet.

Aus den deutschen Nachbargebieten.

Seydelrug, 30. Juli. Versuchter Mord und Selbstmord. Der Bäcker Blasas Gumbies aus Schaulen schoß seiner von ihm getrennt lebenden Frau eine Pistolenkugel durch die linke Wange in den Kopf.

Greifswald, 30. Juli. Aus einem Fenster des dritten Stockwerkes gestürzt ist die bei dem Fleischermeister Kukischer beschäftigte Verkäuferin Klara Winiowski.

Tilsit, 30. Juli. Beim Baden ertrunken. Dieser Tage badete der etwa 27jährige unverheiratete Arbeiter Franz Szilka unterhalb des Schlachthofens in Tilsit.

Schönlank, 30. Juli. Tödlischer Ernteeinfall. Als der Besitzer Schmidt in Begleitung eines Fuhrwerks nach Hause kam, sprang ihm sein fünfjähriges Söhnchen entgegen.

Stralsund, 30. Juli. Die Stürme der letzten Tage haben an der Küste der Insel Rügen große Vermüstungen angerichtet. Am Steilufer bei Saknitz sind Uferabbrüche erfolgt.

Körslin, 30. Juli. Tödlisches Verkehrsunfall. Der Landwirtsohn Knoop, der auf seinem Fahrrad fuhr, stieß mit einer Autotaxi zusammen.

Körslin, 31. Juli. Hochwasser im Schlafzimmer. Eine nicht alltägliche eigenartige Überschwemmungsercheinung hatte in der Gemeinde Meyringen ein Unwetter zur Folge.

Allenstein, 30. Juli. Todessturz von der St. Jakobikirche. Der 21 Jahre alte Zimmermann Josef Neumann aus Neuken war mit anderen Zimmerleuten zusammen mit dem Richter von Balken für das Notdach der Kirche beschäftigt.

Wasserstands Nachrichten.

Wasserstand der Weichsel vom 31. Juli 1930. Arafau - 2,86, Zamischott + 0,59, Warschau + 0,55, Bloet + 0,14, Kordon - 0,18, Culm - 0,29, Graubenz - 0,12, Kurzbrak + 0,13, Bielek - 0,12, Dirschau - 1,02, Einlage + 2,28, Schlawenhort + 2,54.

Chef-Redakteur: Gottschalk Starke; verantwortlicher Redakteur für Politik: Johannes Kruse; für Handel und Wirtschaft: L. W. Marian Seife; für Stadt und Land und den übrigen unpolitischen Teil: Marian Seife; für Anzeigen und Reklamen: Edmund Przegodski; Druck und Verlag von A. Dittmann, G. m. b. H., sämtlich in Bromberg.

Die heutige Nummer umfasst 10 Seiten einschließlich „Der Hausfreund“ Nr. 175

